

Geplänkel um AHV-Alter

Motion überwiesen

Gleiches Rentenalter für Mann und Frau bei der 11. Revision der AHV: Dies fordert eine Motion des Ständerates, die gestern auch der Nationalrat überwiesen hat. Die Ratslinke sah in der Angleichung ein Manöver zur Erhöhung des Rentenalters und sperrte sich dagegen.

■ VON PETER HAERLE, BERN

In der Motion wird der Bundesrat aufgefordert, die 11. AHV-Revision unverzüglich an die Hand zu nehmen und dabei die Altersstruktur der Bevölkerung zu berücksichtigen. Weiter soll das AHV-Alter von Frauen und Männern angeglichen werden. Heinz Allenspach (FDP, Zürich) begründete die Zustimmung der nationalrätlichen Kommissionsmehrheit mit den düsteren Finanzperspektiven, die dem Sozialwerk blühen: «Die AHV wird defizitär werden, früher als uns lieb ist.» Und zur Angleichung des Rentenalters berief er sich auf den Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung, der ein unterschiedliches Rentenalter für Mann und Frau ausschliesse. Ein Vorentscheid über die Höhe des Rentenalters werde mit der geforderten Gleichstellung nicht gefällt.

Dieser Zusicherung traute der Sprecher der Kommissionsminderheit, Ernst Leuenberger (SP, Solothurn), nicht. «Diese Motion ist ein harmloses Büsi, das sich als wilde Katze entpuppt hat und daher nach Hause geschickt werden muss», rief er in den Saal. Niemand würde die finanziellen und demographischen Probleme der AHV verneinen, und niemand habe etwas gegen eine Angleichung des Rentenalters. Doch den Erfindern dieser Motion gehe es um eine Erhöhung des Rentenalters. Dies habe auch die Äusserung von Arbeitgeber-Präsident Peter Hasler klargemacht, der im letzten «SonntagsBlick» erklärte, das Rentenalter müsse auf 67 erhöht werden. Dies sei jedoch inakzeptabel.

Bundesrätin Ruth Dreifuss versuchte die Wogen zu glätten und beantragte Zustimmung. Aber auch für sie sei klar, dass die Angleichung des Rentenalters nicht zu einer Erhöhung führen solle. Die bürgerliche Ratsmehrheit einschliesslich LdU/EVP-Fraktion brachte die Motion mit 96 gegen 47 Stimmen von SP und Grünen durch.